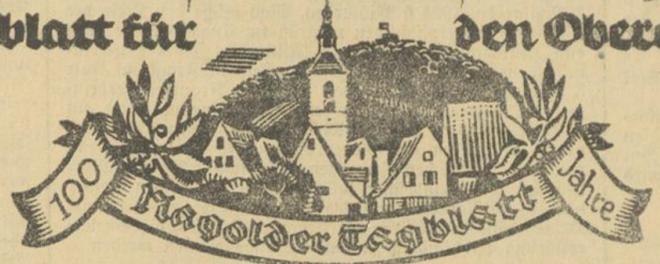


Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60
Einzelnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schäftsleitung, Druck u. Verlag von G. W. Saffner (Karl Saffner) Nagold

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S
Reklame-Seite 50 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5118

Nr. 23 Gegründet 1826 Freitag den 29. Januar 1926 Sprechzettel Nr. 29 100. Jahrgang

Tagespiegel

Im Reichstag wurde davon gesprochen, daß die Regierung dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags empfehlen werde, falls der Reichstag den Billigungsantrag der Regierungsparteien ablehnen würde.

In der ersten Unterredung zwischen Chamberlain und Briand wurden bezüglich der Beschäftigungsverminderung usw. feine entscheidenden Beschlüsse gefaßt.

Der Senat in Washington hat dem Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof unter den bereits gemeldeten Vorbehalten mit 76 gegen 17 Stimmen zugestimmt. Die Vorbehalte müssen aber noch von den 48 anderen Staaten, die dem Gerichtshof beigetreten sind, genehmigt werden.

Der japanische Erminister Baron Kato ist an Lungenentzündung gestorben. Das Kabinett ist zurückgetreten. Staatsrat Wakafuki übernimmt den Vorsitz der Regierungspartei.

Vertrauensvotum für das Kabinett Luther

Rundgebungen und Zusammenstöße im Reich

Ein Vertrauensvotum mit nur 10 Stimmen Mehrheit
Berlin, 29. Jan. Wie das Reichstagsbüro mitteilt, sind bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum 440 Stimmen abgegeben worden. Die Zahl der Enthaltungen betrug 130. Von den übrigen gültigen Stimmen haben 160 mit Ja und 150 mit Nein abgestimmt. Die Mehrheit für das Vertrauensvotum beträgt also nur 10 Stimmen.

hängt davon ab, daß die Regierungsparteien vollständig erscheinen, ob der Billigungsantrag der Regierungsparteien angenommen wird, denn die drei Oppositionsparteien, Deutschnationalen, Deutsch-Völkische und Kommunisten, die gegen die Billigung stimmen werden, verfügen — ohne die 21 Mitglieder der Wirtschaftsbereinigung — über 170 Stimmen, die vier Regierungsparteien über 171 Stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, bei der Abstimmung über die Billigung der Regierungserklärung sich der Stimme zu enthalten.

Die kritische Lage kurz vor der Abstimmung

Berlin, 28. Jan. Die Fraktion der Wirtschaftspartei bzw. der Wirtschaftl. Vereinigung war durch die Erklärung des Regierungsprogramms daß an der Durchführung des Preisentzugsplans festgehalten werde, so sehr vor den Kopf gestoßen worden, daß die Fraktion erwo, auch ihrerseits einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Luther einzubringen. Der Reichskanzler veranlaßte eine Beipredung mit den Führern der Fraktion, an der auch Dr. Curtius teilnahmen, um die Wirtschaftspartei zu beschwichtigen. Die Beipredung war nachmittags 1.30 Uhr noch nicht beendet. Wie gemeldet wird, hat die Wirtschaftl. Vereinigung beschlossen, bei der Abstimmung über die Vertrauenserklärung sich der Stimme zu enthalten. Dadurch sind die Aussichten für das Kabinett Luther sehr schlecht geworden. Es

Zusammenstoß in Charlottenburg

Berlin, 28. Jan. Nach einer Versammlung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei in den Hohenzollernsälen am Wilhelmplatz in Charlottenburg kam es vor dem Versammlungsort zu einem Zusammenstoß der Teilnehmer mit Kommunisten, bei dem geschossen wurde. Zwei Mitglieder des roten Frontkämpferbunds wurden schwer verletzt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Kommunistische Kundgebung in München

München, 28. Jan. Gestern nachmittag versuchten etwa 3000 Kommunisten trotz des Verbots in der Nähe der Theresienwiese eine öffentliche Kundgebung zu veranstalten. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei mußte letztere von den Gummiknüppeln Gebrauch machen.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz

Die Reichsregierung hat dem Generalsekretär des Völkerbunds mitgeteilt, daß sie sich auf der Abrüstungskonferenz in Genf vertreten lassen wird. Der deutsche Vertreter auf dieser Konferenz, der noch nicht bestimmt ist, wird vor einer schweren, wahrscheinlich undankbaren Aufgabe stehen. Eingeladen sind zu der Konferenz außer den Ratsmächten: Bulgarien, Finnland, Holland, Polen, Rumänien und Jugoslawien und von den nicht zum Völkerbund gehörenden Mächten Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten. Eng an deutscher Seite wird der Vertreter Bulgariens stehen, dessen Land ähnlich wie Deutschland entwaffnet und von allen Seiten von den gerüsteten Balkanvölkern bedroht wird. Das schwedische Volk hat immer Verständnis für die deutschen Bedrängnisse gehabt, vielleicht wird es auch sein Vertreter auf der Konferenz beweisen. Der englische Vertreter, Lord Robert Cecil, sollte wohl ernsthaft auf einen Erfolg der Konferenz hinarbeiten, denn die englischen Finanzen erlauben es nicht, die mächtigste Flotte der Welt zu unterhalten, sich gegen die französische Bedrohung mit Flugzeugen zu rüsten und noch ein starkes Heer zu bezahlen. Auch der Vertreter der Vereinigten Staaten würde nur der allgemeinen Stimmung in seinem Land folgen, wenn er in einem Sinne arbeite, der den deutschen Wünschen entgegenkäme. Seine Stimme würde besonderes Gewicht durch den Umstand erhalten, daß Frankreich und Italien den Vereinigten Staaten große Summen schulden, die sie behaupten nicht zahlen zu können, weil sie zu arm seien, obwohl sie für Rüstungen immer noch große Summen übrig haben.

Auf der anderen Seite steht Frankreich, und um dieses Land werden sich Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien gruppieren; also diejenigen Mächte werden zusammengehen, die jetzt die militärische Uebermacht in Europa haben und behalten möchten, und wahrscheinlich wird auch Italien mit ihnen gehen. Von ihnen kommen die Schwierigkeiten. Sie drängen schon jetzt darauf hin, daß die Konferenz auch die Abrüstung zur See noch einmal aufnimmt, wobei sie wohl damit rechnen, daß sie mit Zugeständnissen, die sie England und den Vereinigten Staaten zur See machen, Zugeständnisse für ihre Landrüstungen erkaufen können. Sie stellen es so dar, als sei die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes für seine Schlagkraft im Krieg wichtiger als sein Heer, und französische Zeitungen wollen schon jetzt glauben machen, Deutschland sei trotz der Zahl seiner Menschen und seiner Fabriken so überlegen, daß Frankreich eher eine Vermehrung seines Heeres als eine Verminderung brauche. In dieses Kapitel gehört es auch, wenn von Frankreich aus wieder Nachrichten verbreitet werden, als habe Deutschland immer noch nicht „entwaffnet“ und lasse nicht von gefährlichen Mächtschaften ab.

Auf das Betreiben Frankreichs hin hat die Konferenz einen außerordentlich verzwickten Aufbau und einen noch verwickelteren Arbeitsplan erhalten. Es sind viele Kommissionen und zahllose schwierige Unterforschungen vorgesehen. Frankreich kann die Konferenz auf Grund dieses Arbeitsplans, der in der Hauptsache von dem französischen Vertreter beim Völkerbund, dem Sozialisten Paul Boncour, stammt, mühe machen, ins Endlose ziehen und um jedes Vertrauen bringen. Der deutsche Vertreter wird immer vor der Gefahr stehen, mit Bulgarien allein zu bleiben, denn diejenigen Mächte, die den deutschen Wünschen an und für sich geneigt sind, werden unter der Verdrängung stehen, Frankreich einen Vergleich anzubieten, um schneller zu irgendeinem Ergebnis zu kommen — einen Vergleich, gegen den Deutschland sich auflehnen mußte.

Und dann kommt noch ein Punkt, der die unsichere Konferenz noch unsicherer macht: Rußland. Es ist eingeladen, aber es ist immer noch nicht sicher, ob es annimmt. Rußland will nichts mit dem Völkerbund zu tun haben. Die auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Randstaaten Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien werden, wenn Rußland nicht teilnimmt, immer darauf hinweisen, daß sie, wenn schon nicht gegen den Westen, so doch gegen den Osten gerüstet bleiben müssen; Frankreich wiederum wird erklären, daß die Bündnispflichten, die es im Fall eines russischen Antritts gegenüber diesen Randstaaten hat, es nötigen, ein

starkes Heer zu unterhalten; und England und die Vereinigten Staaten, die die Souveränität mißtrauisch betrachten, werden diesen Einwürfen vielleicht nicht das Ohr verschließen. Rechnen wir alles zusammen, so tun wir gut, von Genf nicht viel zu erwarten.

Fürstenabfindung oder Enteignung?

Artikel 153 der Verfassung besagt: „Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet... Eine Enteignung kann nur zum Wohl der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfall der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen.“

Nun haben die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei sich auf einen Geheulwurf geeinigt, der entwürdigungslos Enteignungen des Gesamtvermögens der Fürstenhäuser, also nicht nur der Fürsten allein, sondern auch ihrer Familien und Familienangehörigen fordert. Und da der Reichstag in seiner Mehrheit zweifellos gegen den Antrag ist, haben die Antragsteller den Weg des Volksentscheids beschritten, der in 7 Jahren damit zum erstenmal beantragen werden wird.

Das ist nicht so einfach, wie es sich so viele vorstellen. Erstens sind die Kosten für die Antragsteller sehr hoch, und zweitens ist der Weg sehr umständlich. Allerdings das Zulassungsverfahren. Der Zulassungsantrag muß schriftlich an den Reichspräsidenten des Innern gerichtet werden. Er bedarf der Unterschriften von 5000 Stimmberechtigten, wenn nicht der Vorstand einer solchen Vereinigung in glaubwürdiger Weise den Beweis erbringt, daß der Antrag von 100 000 Stimmberechtigten unterstützt werde. Dann das Eintragungsverfahren. Nach Zulassung veröffentlicht der Reichspräsident den beantragten Geheulwurf mit dem Anfügen, daß derselbe von den Gemeindebehörden zur Eintragung öffentlich auszulegen ist. Sind auf diese Weise mindestens ein Zehntel der Stimmberechtigten (der letzten Reichstags- bzw. Reichspräsidentenwahl) dafür eingetreten, so hat die Reichsregierung einen solchen Entwurf unter Darlegung ihre Stellungnahme dem Reichstag vorzulegen.

Wenn nun der Reichstag den Entwurf nicht unverändert annimmt, dann wird zum eigentlichen Volksentscheid aufgerufen. Derselbe fällt bejahend aus, wenn 20 Millionen Wähler für den unveränderten Entwurf stimmen. In der Reichspräsidentenwahl (erster Wahlgang) hat die Sozialdemokratie 7,8 Millionen Stimmen aufgebracht; die Kommunisten erschienen im zweiten Wahlgang mit rund 2,7 Millionen. Das ergäbe etwa 10,5 Millionen Stimmen. Wenn der Volksentscheid also Erfolg haben soll, würden noch weitere 9,5 Millionen Stimmen erforderlich sein. W. H.

Wieviel Unterschriften erfordert ein Volksbegehren?

Das für das Zustandekommen des Volksbegehrens erforderliche Zehntel der bei der letzten Reichswahl amtlich ermittelten Zahl der Stimmberechtigten berechnet sich wie folgt: Die letzte Reichswahl ist nach § 42 des Gesetzes über den Volksentscheid zurzeit der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925. Dabei sind 39 414 316 Stimmberechtigte gezählt worden, die in der Stimmliste eingetragen waren oder ihren Stimmzettel abgegeben haben. Dazu kommen die Stimmberechtigten, die den Stimmzettel zwar ausgestellt erhalten, von ihm aber keinen Gebrauch gemacht haben. Ihre Zahl beträgt 29 208.

Ferner hat bei der Prüfung der Reichspräsidentenwahl im Wahlkreis Leipzig das Wahlprüfungsgericht festgestellt, daß die Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste in diesem Wahlkreis um 597 zu niedrig angegeben war. Insgesamt berechnet sich die Zahl der Stimmberechtigten hiernach auf die amtlich ermittelte Zahl 39 444 121. Eine entsprechende Ergänzung der amtlichen Wahlstatistik steht bevor. Für das Volksbegehren sind also zurzeit 3 944 413 gültige Unterschriften erforderlich, d. h. für den Antrag auf einen Volksentscheid.

Deutscher Reichstag

Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung

Berlin, 28. Jan. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich Abg. von Guérard (Ztr.) gegen einige Wendungen des Abg. Graf von Westarp (Dnt.) in seiner Mitwochrede, besonders hinsichtlich einiger Vorbedingungen für den Eintritt in den Völkerbund, worin er eine Gefährdung der Gesamtinteressen Deutschlands und insbesondere der besetzten Gebiete sehe, die unter allen Umständen vermieden werden müsse. (Beifall im Zentrum).

Abg. Meyer-Franken (Komm.) verlangt sofortige Stellungnahme zu der Gefährdung der Pressefreiheit in Bayern. Die bayerische Regierung habe den Verfassungsbruch zu einem System gemacht. Gegen die sofortige Behandlung dieser Frage wird Widerspruch erhoben. Die große politische Aussprache über die Regierungserklärung wird dann fortgesetzt. Abg. Henning (Völkisch) bekämpft das neue Kabinett Luther. Der Reichskanzler habe gezeigt, daß er die verhängnisvolle Erfüllungspolitik fortsetzen wolle. Daher müsse er von den Völkischen entschieden bekämpft werden. Die Sozialdemokratie nenne man jetzt staatszerstörerisch, um sie zur Unterstützung der Regierung heranzuziehen, aber tatsächlich habe sie andauernd den Staat untergraben. Es sei unerträglich, wenn nach dem Eintritt in den Völkerbund deutsche Truppen etwa unter französischen Oberbefehl kommen sollten, um Polen von Rußland zu schützen. Der Redner fordert im Falle einer Enteignung der Fürsten auch die Enteignung sämtlicher Ostjuden. Er richtet dann heftige Angriffe gegen die Regierung, die als Regierung der Erfüllungspolitik gestürzt werden müsse. Sie sei eine Regierung der Hentersnechte am eigenen Volk. (Des Hauses hatte sich schon während der ganzen Ausführungen des Abg. Henning eine große Unruhe bemächtigt. Am Regierungstisch verfolgte man erregt die weiteren Ausführungen. Bei den letzten Worten Hennings springt der Reichskanzler in großer Erregung auf, tritt auf den Abg. Henning zu und ruft: Ich verbitte mir derartige Bemerkungen ganz energisch. (Im Haus entsteht ungeheure Aufregung). Abg. Henning will sich dann auf seinen Platz begeben. Auf dem Wege dahin umringen ihn zahlreiche Abgeordnete, die in großer Erregung sind. Minutenlang erscheint der Ruf „Raus!“)

Vizepräsident Dr. Bell schafft nur mit Mühe Ruhe. Er erklärte dann, daß der Abg. Henning sich einen so schweren Verstoß gegen die parlamentarischen Gebräuche habe zuschulden kommen lassen, daß er ihn von der Sitzung ausschließe. Die Mehrheit nimmt die Verfügung mit lebhaftem Beifall entgegen, während die Völkischen müde antworten. Abg. Henning verläßt den Saal.

Der Abg. von Lindener-Wildou (Dnt.) erklärt, daß er zwar hier als Redner der Opposition stehe, daß er aber die Ausführungen des Abg. Henning bebaure, weil sie nicht dazu beitragen, die Würde des Parlaments zu erhöhen. Die Krise sei eine solche des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt, das nun vor dem Zusammenbruch

Beilage!

Colleg Nagold
Statistik am
6. Februar 1926
us „Waldluft“
einen

Ümball

Penabend

erforderlichen Mägen
Scherzartikel sind an
zur gegen Eintritts-
zugefandt werden.

Der Ausschuß

er-Verein Nagold.



Seminarturnhalle

für Geflügel

losung

ah und Fern höfl.

Der Ausschuß

0 Mk.

Die

nche

es Heft

er, Nagold.

orstamt Enzklosterle.

elstammholz-

Verkauf

chriftlich. Aufstreich

Donnerstag, den

Februar 1926, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, nach
Beenden des Postautos
Waldbad her im Ge-
samtzimmer des Forst-
aus Staatswald
Forsten Langh. fm.:
I., 187 II., 296 III.,
IV., 51 V., 9 VI.
VII., 10 I., 21 II., 10 III.
und XI Langh. fm.:
I., 201 II., 101 III.,
IV., 59 V., 17 VI.
VII., 55 I., 29 II.,
III. RL. Losverzeichnis
und Angebotsvor-
e von der Forstdirek-
G. f. S., Stuttgart.

Nehe. Die heutige deutsche Außenpolitik werde dem Ernst der internationalen Lage nicht gerecht. Auch wir sind der Meinung, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben können, auf dem Wege einer Verständigung mit unseren früheren Feinden. (Hört, hört in der Mitte). Aber wir wollen nicht allein die Geherden sein. Nach den Enttäuschungen bezüglich der Rückwirkungen aus dem Locarno-Vertrag dürfen wir nicht unseren letzten Trumph, den Eintritt in den Völkerbund, ohne sichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben. Man errichtet über überall nur neue Barrieren, um den Einfluß Deutschlands zu verringern. Es werde erst Friede in Europa geben, wenn das deutsche Volk das Recht zum deutschen Nationalstaat habe.

Abg. Koenen (Komm.) protestierte gegen den Ausdruck des Abg. Henning. Dadurch werde die Demotion gabelmäßig geschwächt. Koenen richtet dann heftige Angriffe gegen einzelne Minister und Parteiführer und wird zur Ordnung gerufen und mehrfach gerügt. Die Sitzung geht weiter.

Neuestes vom Tage

Der Tiroler Landtag gegen die italienischen Maßnahmen in Südtirol.

München, 28. Jan. Nach einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Innsbruck ist von den Vertretern der drei politischen Parteien im Tiroler Landtag an den Landeshauptmann eine Große Anfrage gerichtet worden, die ein Eingreifen der Bundesregierung gegen das von der italienischen Regierung erlassene Dekret, das die Ausweisung ausländischer Handels- und Gewerbetreibender in den innerhalb einer Entfernung von 30 Kilometern von der Grenze entfernt liegenden Bezirken gestattet, verlangt.

Tarifkündigung in der Holzindustrie

Essen, 28. Jan. Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie hat beschlossen, das bestehende Lohnabkommen zu kündigen. In Betracht kommen Württemberg, Baden, Bayern, Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Schlesien, Hamburg und ein Teil von Berlin.

Reichslandbundtag

Kassel, 28. Jan. Unter Beteiligung von über 10 000 Mitgliedern begann in Kassel der 6. Reichslandbundtag, der mit dem Kurhessischen Landbundtag und zweiten Reichsjunglandbundtag verbunden war. Die Hauptversammlung wurde von dem Vorsitzenden des Kurhessischen Landbundes Schmidt-Winddecken geleitet. Oberbürgermeister Dr. Stadler begrüßte die Landbundtagung.

Beteiligung Badens an den badischen Kaligewerkschaften
Karlsruhe, 28. Jan. Der Landtag bewilligte für die Beteiligung des Staats Baden an den badischen Kaligewerkschaften einen Betrag bis zu 5,74 Millionen Mark, nachdem 2,8 Millionen schon früher bewilligt worden waren. Der Finanzminister wurde ferner ermächtigt, für etwaige über den gegenwärtigen Stand von 7,5 Millionen hinausgehende Anleihen bis zum Betrag von 11,65 Millionen Bürgerschaft zu übernehmen oder gegen Sicherstellung selbst Darlehen zu diesem Betrag an die Kaligewerkschaften zu gewähren. Ein Antrag des Zentrums und der Sozialdemokraten verlangt die Bereitstellung von 3 Millionen Mark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Sudetendeutscher Verband.

Prag, 28. Jan. Deutsche Parlamentarier der Tschecho-Slowakei betreiben die Bildung eines Sudetendeutschen Verbands, der alle deutschen Parteien umfassen soll.

Die Umbildung des französischen Heeres

Paris, 28. Jan. Der Gesetzentwurf für die Umbildung des Heeres ist fertiggestellt. Kriegsminister Painlevé gab darüber Zeitungsviretern nähere Auskunft. Der Aufbau des Heeres müsse geändert werden, wenn man die vom Land geforderte Dienstzeitverkürzung durchführen wolle. Das vorliegende Gesetz sei vom Obersten Kriegsrat einstimmig gebilligt worden. Frankreich habe nun seine militärische Vorkriegsstärke vermindert (um wie viel? D. Schr.) und die Dienstzeit von 3 auf 1 1/2 Jahre herabgesetzt. Es beabsichtige aber keineswegs, seine Widerstandskraft gegen jede Art von Angriffen zu vermindern, wenn es auch der Abrüstungskonferenz zugestimmt habe.

Der Karnickelbaron

Humoristischer Roman von Fritz Gänser

Kattenbusch saß neben dem Apotheker. Schrägüber hatte der Bürgermeister Leopold Dirksen seinen Platz. Der unterhielt sich am liebsten über Kommunalpolitik, oder — wenn er mit ihr in der Praxis einmal seinen Ärger gehabt — über Spargelkultur, wozu er, — was er aber nie einsehen wollte — nichts verstand. Heute dachte er weder an Rathausneubau und Straßenspasterung noch an die — um beispielsweise zu reden — Spargelzucht, sondern hatte sein ganzes Interesse der Antunft des neuen Amtsrichters zugewandt.

Ein paar Gutsbesitzer aus der Nachbarschaft fehlten heut, ebenfalls das sonst ziemlich regelmäßig erscheinende Mitglied der Stammtischrunde, der Assessor Kurt von Gronau. Er befand sich heute angeblich in Krachtwitz. Wenigstens wollte der Apotheker das aus „ganz sicherer Quelle“ so wissen.

Es bliebe als vierter nur noch der Rentier Felix Feigenblatt zu nennen, dessen geistige Bedeutbarkeit sich zu keinem Geldsacke verhielt, wie etwa die Größe eines Marienwürmchens zu der eines Elefanten. Er war aber im übrigen ein herzensguter Kerl. Nur erzählte er häufiger als nötig, seine Einzige, seine kluge, schöne Felicitas, sein fünfundsiebenzigjähriger Augapfel, bekäme einmal 50 000 Taler mit. An seinem Aeußeren und an seinen Lebensgewohnheiten war allerdings von großem Reichtum wenig zu merken. Er trug seinen hochgrauen Rock zwar noch nicht so lange wie der Sekretär Johannes Wodmett seinen schwarzen, aber doch wenigstens an die zwei Dezennien, und trank bei Peter Kreyenbühl, so oft er sich am Stammtische einfand, mit stereotyper Gleichmäßigkeit zwei Gläser Stettiner Dübmbier.

Eben stellte der Engelwirt das übliche erste vor ihn auf den viereckigen Tisch und beantwortete dabei die Frage des Bürgermeisters, ob der Amtsrichter wohl noch herunterkommen würde, mit einem von Achselzuden begleiteten „Glaub ich nicht!“

„Der Herr wird natürlich müde sein,“ bemerkte Feigenblatt. „Die weite Reise und die vielen neuen Eindrücke hier. Ja, natürlich! Profit, meine Herren!“

„Ach, müde!“ Eberhard von Kattenbusch reichte sich auf und funkelte von einem zum andern. „Als wir Anno 70 mit der Loire kämpften, marschierten wir, daß wir die Soh-

Die Steuerdrückerberge in Frankreich

Paris, 28. Jan. Bei der Beratung der Finanzvorlage in der Kammer führte Abg. Dumesnil (Radikal) aus, der Gesetzentwurf des Finanzministers sei unannehmbar. Wenn alle Steuerzahler ihre Pflicht täten, so brauchte man überhaupt keine neuen Steuern. Die Einkommensteuer bringe übrigens schon wesentlich höhere Summen ein: 1920 2 Milliarden, 1924 6 Milliarden. Man müsse den Kreis der Einkommensteuerpflichtigen vergrößern. England habe 1923 eine Einkommensteuer von 26 Milliarden Franken vereinbart, während in der gleichen Zeit in Frankreich nur 3 Milliarden erhoben worden seien. In Frankreich erbringen die beweglichen Vermögenswerte (Kapital usw.) ein Jahreseinkommen von 23 Milliarden, es seien 1924 aber nur 6 Milliarden zur Steuer angemeldet worden. Wenn von dem beweglichen Vermögen auch etwa 7 bis 8 Milliarden auf die Kleinbesitzer fallen mögen, so bleiben immer noch 10 Milliarden übrig, die nicht versteuert worden sind. Daher müsse der Antrag des Finanzausschusses, die Steuererklärung pflichtmäßig zu machen, angenommen werden.

Unterwerfung marokkanischer Stämme?

Paris, 28. Jan. Havas meldet, alle Stämme der Mesrua nördlich von Uera haben sich den Franzosen unterworfen. — Bisher haben sich alle derartigen Meldungen als falsch oder stark übertrieben herausgestellt.

Das englisch-italienische Schuldenabkommen

London, 28. Jan. Pressevertretern teilte Schatzkanzler Churchill mit, das britische Schatzamt besitze italienische Schuldscheine im Betrag von rund 611 Millionen Pfund St., die in Abschnitten in den nächsten 12 Monaten fällig seien. Der Gegenwartswert betrage 592 Mill. Pf. St. Andererseits habe das Schatzamt 22,2 Mill. Pf. St. Gold, das 1915 von Italien zum Pfand gegeben wurde, zurückzugeben, die Schuld Italiens betrage also 570 Mill. Pf. St. Das italienische Gold werde in Teilzahlungen bis 15. September 1927 freigegeben, so lange bis Italien in Jahreszahlungen von 4 Millionen Pf. St. seine Kriegsschuld abgetragen habe (1928).

In Paris glaubt man, daß England die außerordentlich günstigen Bedingungen gegen das Versprechen Italiens gegeben habe, der englischen Politik gegen die Türkei und Rußland beizutreten.

Die haben's nötig

Rom, 28. Jan. In Neapel und Bari fanden Kundgebungen gegen die „italienfeindlichen Kundgebungen“ in Deutschland wegen Südtirol statt.

Die Wirren in China

Peking, 28. Jan. Der Eisenbahnverkehr zwischen Peking und Hantau stößt vollständig, auch die Linie Kioshan-Suiping (nördlich von Hantau) soll abgeschnitten sein. Von Hantau gehen beträchtliche Truppenmengen nach Honan ab. Die Truppen des Generals Kouminschun sollen zum Teil gemeutert haben.

Peking, 28. Jan. Tschangtschun hat die Depeche der chinesischen Zentralregierung, die ihn anwies, die russischen Forderungen bezüglich der Ostchinesischen Bahn zu erfüllen, überhaupt nicht beantwortet. Dieses Verhalten und die ganze Entwicklung des russisch-chinesischen Zwischenfalls beweist vollkommen, daß die Mandchurei vom chinesischen Reich unabhängig ist. Es hat die Absicht bestanden, den chinesischen Kaiser von Peking nach Nanking zu überführen. Der Plan ist aber aufgegeben worden.

Die Anlage gegen die Budapester Frankenschäger

Budapest, 28. Jan. Wegen der Frankenschäger sind die Anklageschrift fertiggestellt. Die Staatsanwaltschaft wird gegen 26 Personen Anklage erheben, von denen sich 21 in Haft befinden. Die Namen der 5 noch nicht Verhafteten können vorläufig nicht bekannt gegeben werden.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 28. Januar.

Der Landtag nahm heute in 3. Lesung die Gesetzentwürfe betr. die Auszahlung der Lehrerbezüge und betr. die Bürgschaften für das Deutsche Auslandsinstitut, sowie für Darlehen zugunsten der würt. Wirtschaft nebst den dazu gestern beantragten Entschlüssen an. Dann gab es eine fast die ganze Sitzung ausfüllende Aussprache über die Not der kaufmännischen Angestellten, über Erwerbslosenfürsorge, Kurzarbeiterunterstützung und Schaffung von Not-

standsarbeiten. Die Kommissionen beantragten dazu die Bereitstellung von 10 Millionen für die Ausführung von Notstandsarbeiten, die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags, die restlose Beseitigung der Pflichtarbeit für alle Erwerbslosen und die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 v. H. Die Sozialdemokratie verlangte einmalige Unterstützung der Erwerbslosen, Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und Bereitstellung weiterer Mittel für Notstandsarbeiten.

Staatsrat Rau erwiderte auf die Ausführungen zahlreicher Redner, man könne die Hoffnung haben, daß die stürmische Aufwärtsbewegung der Erwerbslosenzahl in Württemberg nun einem langsameren Tempo Platz machen werde. Eine Zusammenstellung der geplanten Notstandsmaßnahmen werde dem Landtag demnächst zugehen. Wegen Einführung der Kurzarbeiterunterstützung sei das Arbeitsministerium bei der Reichsregierung vorstellig geworden, aber nicht durchgedungen. Entschieden verwarf sich der Redner gegen den Vorwurf der reaktionären Haltung des Arbeitsministeriums. Die komm. und soz. Anträge werden abgelehnt, angenommen dagegen der Ausschuh Antrag auf Berücksichtigung der Eingabe des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands betr. die Not der Anstellten und auf Ermäßigung der übrigen Eingaben. Schließlich wurde noch ein Ausschuh Antrag angenommen, die Aufwandsentschädigung für die Vollzugsbeamten der staatlichen Disziplin- und die Kriminalpolizeibeamten mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 ab zu verbessern.

Die nächste Sitzung findet im Lauf des Monats Februar statt.

Württemberg

Stuttgart, 28. Jan. Kartellüberwachungsstelle. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die durch Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und des Arbeits- und Ernährungsministeriums vom 18. 11. 1925 beim Polizeipräsidenten Stuttgart (Württ. Landesstrafpolizeiamt) eingerichtete Kartellüberwachungsstelle hat ihre Tätigkeit am 1. 12. 1925 aufgenommen und durch Festlegung der Kartelle, Konventionen und ähnlichen Einrichtungen in Württemberg, sowie durch Nachprüfung einer Reihe von Verträgen die Grundlage für ihr weiteres Vorgehen geschaffen. Die Stelle ist aus technischen Gründen dem Landesstrafpolizeiamt angegliedert worden. Ihr Aufgabengebiet liegt auf dem wirtschaftlichen Gebiet; sie hat die in der Kartellverordnung vorgesehenen Maßnahmen gegen Auswüchse des Kartellwesens in ihrer Auswirkung auf Württemberg sicherzustellen und hierauf insbesondere auch durch Verhandlungen mit den Beteiligten hinzuwirken. Mitteilungen, die die Tätigkeit der Kartellüberwachungsstelle unterstützen können, sind auch weiterhin durchaus erwünscht.

Zu hohe Richtsätze für Umsatzeiner der Landwirte. Die Abgeordneten August Müller und Dingler (Banernab) haben folgende kleine Anfrage im Landtag gestellt. Die in der letzten Zeit vom Landesfinanzamt festgesetzten Richtsätze für Besteuerung des landwirtschaftlichen Umfanges sind im Anbetracht der gesunkenen Preise für Vieh, Getreide und Milch entschieden zu hoch. Ist das Staatsministerium bereit, beim Landesfinanzamt auf sachgemäße Reduzierung dieser Richtsätze hinzuwirken?

Stuttgart, 28. Januar. Eisenbahntransportgefährdung. Abends kurz vor 7 Uhr wurde auf der Strecke Oeffingen-Unterboihingen in der Nähe der Unterboihinger Kapelle ein Anschlag auf den Personenzug 844 verübt, der als vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahnzugs anzusehen ist. Zur Feststellung des Täters hat die Reichsbahndirektion eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

Vaihingen a. E., 28. Jan. Verhaftung. Kürzlich wurde bei einer Vereinsveranstaltung einem Kraftwagenführer die Brieftasche aus dem aufgehängten Mantel gestohlen. Der Täter wurde in der Person eines hier beschäftigten jungen Mannes verhaftet.

Eberstadt M. Weinsberg, 28. Jan. Eine Hundertjährige gestorben. Kürzlich ist unsere älteste Einwohnerin und wohl auch die älteste des Bezirks, Frau Katharine Sena Witwe, gestorben (geb. am 9. März 1825). Bis vor einem Vierteljahr war sie geistig und körperlich noch verhältnismäßig rüstig.

en verloren, schlugen uns wie die Löwen und lagen abends im Bimal im Dred. Aber müde, müde? Aber von einer Reise müde? Kinderkrücken und Firschanzi!

Der Apotheker nickte zustimmend, lispelte aber Feigenblatt, der links neben ihm saß, trotzdem an: „Er schneidet schon wieder auf. Es ist scheußlich!“

Leopold Dirksen lächelte den alten Voirekämpfer an und schrie über den Tisch: „Bravo, Herr Hauptmann! Die Welt von heute vertritt nicht mal' ne plündernde Reife von Berlin nach unserem lieben Büthenhagen.“

„Ne, lieber Dirksen!... Weichmütig, weichherzig, schlapp bis in die Knochen! Donnerwetter, als wir Anno 70 mit der Loire kämpften, da gab's Kerls unter uns, Kerls, sage ich Ihnen!... Aber heute? Und besonders die aus Berlin!“

„Warum kommt der Herr überhaupt von Berlin nach Büthenhagen?“ erkundigte sich Feigenblatt neugierig und sah Peter Kreyenbühl, der sich zu seinen Gefäßen gesetzt hatte, an, als müsse er das ebenso genau wissen, wie er die Zahl der in einem Jahre von ihm verzapften Tomten Stettiner Dübmbier kannte.

Der Engelwirt vermutete gern, behauptete aber nie irgendeine Sache bestimmt. Er war die vertörperte Vorsicht mit tausend Fragezeichen. So suchte er auch jetzt die Schultern, faltete seine Hände über dem fetten Leib und lächelte ein undefinierbares Lächeln. „Ja, wer weiß? Woher soll ich's wissen? Vielleicht Landluft genießen? Wollte sagen: Kleinstadtlust? Schließlich schneidiger Herr, der hier mal 'n bißchen Ordnung schaffen soll? Sie wissen ja: Briefewetter — Wodmett — Wendel — Rubside! Gute Leute — aber — ja, ich weiß nicht!“

„Schließlich im Interesse des Dienstes verfehlt?“ hispelte Sebalduß Meyer hinter der vorgehaltenen Hand zu Feigenblatt hin.

Der hob warnend den Finger. „Aber, Herr Apotheker!“ „Hat denn der Assessor noch nichts verraten?“ erkundigte sich das Stadtoberhaupt bei Kreyenbühl.

„Mir nicht, Herr Bürgermeister.“

Man stand alleseitig vor einem nicht erklärbaren Umstande, witterte aber auch alleseitig ein Geheimnis, das um die Vernehmung von Berlin nach Büthenhagen einen dunklen Schleier wob.

„Rubside ist ja wohl mit ihm von der Bahn gekommen?“ fragte der Apotheker nach einem längeren Schweigen.

Dirksen nickte. „Er hat seinen Koffer getragen. Die Kaufmann Meyer erzählte es der Fleischer Müller und diese unserer Aufwärterin. Und bei den Wittes soll er gemietet haben.“

„Wie?“ schrie Eberhard von Kattenbusch, da er nicht genau verstanden hatte, und hielt sich die Hand hinter das Ohr.

„Er soll bei den Wittes gemietet haben,“ wiederholte der Bürgermeister sehr laut.

„Bei den Wittes?“ Der Hauptmann ließ seine scharfgezirkelten Äyten mit nervöser Hast und riß die Augen auf. „Dahin hat ihn natürlich der verrückte Rubside geschleppt. Na, dann soll der liebe Herr nur bald sein Testament machen. Ich, mehr Böses als Gutes. Aber was ich in dem halben Jahre bei den beiden alten Jungfern erlebte, das kommt doch noch drüber. Diese beiden Weiber können einem das Leben vereiteln. Sie sind wie ein paar gierende Tauben. Als wir Anno 70 an der Loire kämpften, habe ich viel geheiratet wollen die leben. Ja, heiraten!“ Er trank sein Bier aus, stellte das geleerte Glas heftig auf den Tisch und sah sich wild um. „Also bei den Wittes! Ja, warum lachen Sie denn, Herr Feigenblatt?“

Der so heftig angefahrene Rentier suchte zusammen. Er hatte nicht gedacht, weil ihn die Ausführungen des Hauptmanns belustigt, sondern weil er bei dem Worte „heiraten“ an seine Felicitas gedacht. Konnte es nicht möglich sein, daß sie dem neuen Amtsrichter gefiel? ... Er entschuldigte sich, meinte, er sei wieder einmal verkannt worden, und schloß: „Der Herr Amtsrichter wird längst verlobt sein. Wissen Sie nicht, Herr Kreyenbühl?“

„Ja, wer weiß? Woher soll ich's wissen? Schließlich schon möglich! Denken Sie vielleicht, er könnte Ihre Tochter ... Ich meine: er könnte wohl Ihre Tochter mal sehen. Und ...“

Er brach, malktös lächelnd, ab und erhob sich, um dem Hauptmann ein neues Glas Bier einzuschleusen. Kreyenbühl bereitete es immer Bergnügen, wenn er seinem wenig verzehrenden Stammtischgast Feigenblatt eine kleine Malice sagen konnte. Leider erfaßte der Bspöttelste den Sinn der mehr oder minder deutlichen Anspielungen selten. Heute galt aber eine Ausnahme. Ueber das Gesicht des Rentiers fuhr die Rote des Zorns, und nach einer Weile sagte er giftig: „Wollen Sie mich etwa als Kuppler hinstellen, Kreyenbühl?“

(Fortsetzung folgt.)

Das R
Brennholz
Bordere
und 87
einen Rm
für Laub
66 Ftm
einen An
bod ginge
1 Jahr an
über im Fr
1600 M), v

41 ar 27 qu
vom Stadtv
Landwirt, lo
Grundstück
dierung des
Bon Graf U
find nach ein
und das Pu
Tal angrenz
70 ar 36 qm
des städt. W
— Zur Orts
wird zwischen
austausch vo
Bize man n
abtretungen
erhält Wizen

1920 von Fre
Papiermarkt
worden. Der
folgt bezahlt
RM = 502
244 RM, u
= 1430 RM
demnach 1502
Hypothek nich
wertungsgefek
Abf. 3 des W
mungen des k
Glauben und
Kaufpreis vor
Diese Rechts
Aufwertungs
Aufwertungs
Nach eingehen
abgegeben von
Verpflichtung
ein Vergleich
Abfindung all
Aufwertungs
eine Schuldver
Diese Summe
mit 5% zu per
Goldmark, je
an zu tilgen.
Min. Abteilung
forderlich. Der
daß der Vergle
gegenseitigen
vereinbarung

Vorwissen an
des Gemeinder
legenheiten in
Sachen usw.
neu eingetrete
lernen gelernt
Einzelne Gesch
anderen Aussch
den Bauauschü
Bernhardt, Br
meinderat G.
Stittel, Hezer,
rat Baich, in
die Gemeinder
Ersahmann Ge
meinderat Stitt
brzogen hat, l
Hezer. Die G
stellungsvertra
Gemeinderat K
Amt geteilt un
Baich und die
übertragen.

Erfüllung der
pflege. Obwoh
laufen ist, ist
gangen. Trotz
heutigen Wirt
anzustreben.
nahmen werden
Oberamtsbaum
pflanzungen we
falls wird aus
mit dem Fortsch
werden dürfen.
Postinspektor S
wird genehmigt
Verbesserung des
mand von etwa
— Für die an
an zwei Wochen
und die vorgef
Landesauschüß
größerer Arbeits
von jetzt bis zu
menden Auffassu
heute nicht beson

Aus Stadt und Land

Tagold, 29. Januar 1926.

Viele Menschen schweben beständig in selbstbereitetem Vorstellungsreihen und diese, nicht die Unzulänglichkeit anderer Leute, sind die erste Quelle ihrer Schmerzen.
Chopin.

Vom Rathaus.

Gemeinderatsitzung vom 27. Januar 1926.

Das Kollegium ist vollzählig. - Mitteilungen. Bei dem Brennholzverkauf am 14. ds. Mts. aus Distrikt Kallberg, Abt. Vorderer Dreipfild, sind erlöst worden für 1 Amt. Laubholz und 87 Amt. Nadelholz 1245,20 M., durchschnittlich also für einen Amt. Nadelholz 14,10 M., am 15. Januar ds. Jrs. für Laubholz 14,10 M., am 15. Januar ds. Jrs. für Nadelholz 14,10 M. aus Distrikt Bühl, Abt. Stareck, für 66 Fhm. Eichen 1.-6. Klasse insgesamt 4689,80 M. gegen einen Anschlag von 4671 M. - Für einen abgängigen Fuchtbod gingen ein 25 M. und die Sommerfischweide wurde auf 1 Jahr an August Schill, Schäfer hier, um 1000 RM. (gegenüber im Frieden 900 M. und gegenüber dem Vorjahr von 1600 M.) verpachtet.

Grunderwerbungen. Das Grundstück Parz. Nr. 2062/41 ar 27 qm Nadelwald im Wollberg, wird auf 3 Seiten vom Stadtwald umgeben. Mit dem Besitzer Heinrich Mayer, Landwirt, kam ein Kaufvertrag zustande, wonach derselbe das Grundstück um 2000 M. an die Stadt abtritt. Zur Arrondierung des Stadtwalds war die Genehmigung geboten. - Von Graf Uxull-Gyllenband auf Rittergut Dürrenhardt sind nach eingehenden Verhandlungen, die an die Wehranlage und das Pumpwerk des städt. Wasserwerks im Schwandorfer Tal angrenzenden Wiesen im Gesamtumfang von 6 ha 70 ar 36 qm um 10000 RM. gekauft worden. Zur Sicherung des städt. Werks wird der abgeschlossene Kaufvertrag genehmigt. - Zur ortsbauplanmäßigen Durchführung der Hofstraße wird zwischen der Amtsförperschaft und der Stadt ein Flächenaustausch vorgenommen. Auch mit Reichharrpinnerleibfänger Wize man n kam eine Vereinbarung zustande. Für die Wehr abtretungen und als Entschädigung für Bäume und Sträucher erhält Wize man den Betrag von 1100 RM.

Aufwertung. Der Gasthof „Röble“ ist am 28. Mai 1920 von Frau Köhler wirt Knobel Wwe. um 270000 Papiermark = 29727 Goldmark, von der Stadt erworben worden. Der Kaufpreis ist auf Wunsch der Verkäuferin wie folgt bezahlt worden: am 31. Juli/1. August 1920 50000 RM. = 5025 GM., am 1. Oktober 1920 120000 RM. = 244 GM. und am 31. März 1922 der Rest mit 100000 RM. = 1430 GM. Zusammen 14699 GM. Die Differenz beträgt demnach 15028 Goldmark. Da für die Kaufpreisforderung eine Hypothek nicht bestellt ist, gilt für diesen Fall nicht das Aufwertungsgezet, sondern die Aufwertung richtet sich gemäß § 63 Abs. 3 des Aufwertungsgezetes nach den allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches und ist nach Treu und Glauben und nach Billigkeit zu verfahren, trotzdem der ganze Kaufpreis vorbehaltlos vor 15. Juni 1922 bezahlt worden ist. Diese Rechtslage ist auch von namhaften Juristen (speziell der Aufwertungsmaterie beständig) Frau Knobel hat ihre Aufwertungsansprüche am 2. Dezember v. Jrs. angemeldet. Nach eingehenden Verhandlungen, in denen seitens der Stadt, abgesehen von Rechtsverpflichtungen auch eine gewisse sittliche Verpflichtung zur Aufwertung anerkannt wurde, kam schließlich ein Vergleich zustande, nach welchem die Stadtgemeinde zur Abfindung aller vermeintlichen und wirklichen Ansprüche und Aufwertungsansprüche aus dem Kauf jetzt und für die Zukunft eine Schuldverpflichtung von 10000 GM. = 66% anerkennt. Diese Summe ist in halbjährlichen Raten von 1. Juli 1925 an mit 5% zu verzinsen und in jährlichen Raten von 1000-2000 Goldmark, je nach Wahl der Stadtgemeinde, vom 1. 4. 1926 an zu tilgen. Zu diesem Vergleich ist die Genehmigung der Min. Abteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung erforderlich. Der Gemeinderat kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß der Vergleich eine billige Grundlage für den Ausgleich der gegenseitigen Rechte und Interessen bildet und stimmt der Vereinbarung zu.

Bildung von Ausschüssen und Abteilungen. Die vom Vorstehen angeregte Schaffung einer Verwaltungsabteilung des Gemeinderats zur Erledigung der untergeordneten Angelegenheiten in Steuerfachen, Wohnungsfachen, gemeindegerichtl. Sachen usw. soll zunächst zurückgestellt werden, bis auch die neu eingetretenen Mitglieder des Gemeinderats den Betrieb kennen gelernt und entsprechende Erfahrung gesammelt haben. Einzelne Geschäfte aus dieser Verwaltungsabteilung sollen den anderen Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen werden. In den Bauausschuss wurden hierauf gewählt die Gemeinderäte Bernhardt, Braun, Gabel und Strenger, als Ersatzmann Gemeinderat G. Harr, in den Fortschaffung des Gemeinderäte Stifel, Hezer, Schröder und Jlg urd als Ersatzmann Gemeinderat Baish, in die Steuerfachbehörde und den Steueraussschuß die Gemeinderäte Raaf, Kläger, Weitbrecht und W. Harr, als Ersatzmann Gemeinderat Wals. Als Wahlkontrolleur ist Gemeinderat Stifel gegen dieselben Bezüge, wie sie sein Vorgänger bezogen hat, bestellt worden, als Ersatzmann Gemeinderat Hezer. Die Güterverwalterstelle wird dem bisherigen Anstellungsvertrag entsprechend bis 31. März vom bisherigen Gemeinderat Käufer wahrgenommen. Von da ab wird das Amt geteilt und die Güterverwalterstelle dem Gemeinderat Baish und die Baumaufseherstelle dem Gemeinderat Raaf übertragen.

Sonstiges. Das Oberamt erinnert dringend an bessere Erfüllung der Steuerlieferungspflicht gegenüber der Oberamtspflege. Obwohl das Rechnungsjahr zu mehr als 1/12 abgelaufen ist, ist noch nicht einmal die Hälfte der Steuern eingegangen. Trotz der unerkennbaren Schwierigkeiten bei der heutigen Wirtschaftslage ist eine Besserung des Steuereingangs anzustreben. Die in dieser Zwangslage vorgesehenen Maßnahmen werden vom Gemeinderat gebilligt. - Der Bericht des Oberamtsbaumworts über den Stand der städt. Obstbaumpflanzungen wird bekanntgegeben. - Aus Anlaß eines Spezialfalls wird ausgesprochen, daß Alleenbäume nur im Benehmen mit dem Forstmeister (als Vertreter des Heimatbüchses) gefällt werden dürfen. - Der Anschluß der Wasserleitung an den Postinspektor Schweizer'schen Neubau in der Emminger Straße wird genehmigt, ebenso die vom Seminarrektoral angeregte Verbesserung des Lohbodens in der Turnhalle. An dem Aufwand von etwa 100 Mark hat die Stadt zwei Drittel zu tragen. - Für die an der Frauenarbeitschule nötigen Bügelstunden an zwei Wochenmittagen wird Fr. Wina Lenz gewonnen und die vorgesehene Belohnung genehmigt. - Der Württemb. Landesaussschuß für Kinderpeinung regt in Gemeinden mit größerer Arbeitslosigkeit die Durchführung der Kinderpeinung von jetzt bis zum April ds. Jrs. an. Nach der übereinstimmenden Auffassung der hiesigen Schulen ist die Kinderpeinung heute nicht besonders dringlich. Dagegen sollten für eine An-

zahl von Kindern Solbakturen in Jagstfeld durchgeführt werden, wofür städtischerseits aus einer noch vorhandenen Amerikastiftung einige hundert Mark zur Verfügung gestellt werden könnten.

Altensteig, 29. Jan. Gemeinderatsitzung vom 27. Jan. Anwesend: Der Amtsvorsteher und alle Gemeinderäte. Zunächst wird die dienliche Verpflichtung des Gm. Hennesarth nachgeholt. - Der Stangenverkauf vom 15. d. Mts. mit einem Erlös von 130 % der neuen Fortpreise wird nur dann genehmigt, wenn die Zahlung des Erlöses innerhalb 8 Tagen erfolgt bzw. sichergestellt wird. Andernfalls sollen sämtl. Lose zum sofortigen Wiederverkauf kommen. - In den Gewerbeschulrat wurden auf die nächsten 3 Jahre die bisherigen Herren und an Stelle des verst. Paul Besl, Gustav Bucherer, Kaufmann gewählt. - Die Neuwahl der Mitglieder des Verwalt.-Rats der Städt. Sparkasse ergab folgende Zusammensetzung: Gde. Räte Schneider, Wähler, Brenner, Luz, als Stellvertreter: Gde. Räte Kaltenbach und Aldermann. - In Sachen der Feldvereinigung III, bezüglich welcher demnach mit den Vermessungsarbeiten begonnen werden soll, wird beschlossen, die technischen Vorarbeiten ausführen zu lassen, im Uebrigen aber nichts zu tun, bis die Feldvereinigung II abgerechnet ist und die nötigen Mittel für die neue Feldvereinigung sichergestellt sind. - Gegen die Konfessionierung einer Fischzuchtanlage oberhalb der Gattweiler Brücke wird vom Gm. unter eingehender Begründung namens der Stadtgemeinde als Angrenzlerin und als Besitzerin des unterhalb liegenden Staubecks Einspruch erhoben. - Zur Beratung und Beschlußfassung steht ein Antrag der kommunistischen Partei betr. Erwerbslosenfürsorge. Der Antrag geht dahin: 1) Arbeitslosigkeit zu schaffen; 2) verheirateten Erwerbslosen, die länger als 4 Wochen als erwerbslos gemeldet sind, einmalige Zulagen von 15 bis 30 RM pro Familie aus städt. Mitteln zugeben; 3) ledigen Erwerbslosen 2 Laib Brot, verheirateten Erwerbslosen 4 Laib Brot in der Woche verabfolgen zu lassen. Es findet eine eingehende Aussprache statt. Der Antrag 1 wird durch den in der letzten Sitzung gefassten Beschluß als erledigt betrachtet; der Antrag 2 wird mit 13 gegen 1 Stimme zum Beschluß erhoben, während der Antrag 3 mit Stimmenmehrheit abgelehnt wird. - Der hiesige Sportsverein sucht um Ueberlassung der Turnhalle an einem Wochenabende nach. Diefem Gesuch wird unter Beschränkung auf die Wintermonate und unter Zuneigung des Radfahrervereinsabends entprochen, wobei der Gm. davon ausgeht, daß der Radfahrerverein den ihm genehmigten Abend Winters nicht oder nur wenig benützt und daß ihm für den Fall, daß er trotzdem ab und zu üben will, der Sonntagmorgen zur Verfügung stehe. - Behandlung und Erledigung verschiedener kleinerer Gegenstände.

Calw, 28. Jan. Hauskauf. Der Gemeinderat hat das Anwesen von Fabrikant Hagenstein an der neuen Altbürgerstraße um den Preis von 24000 M. käuflich erworben. Das Haus, das vor dem Krieg erbaut wurde, kam bei seiner Erstellung viel teurer zu stehen.

Freudenstadt, 28. Jan. Kom Gemeinderat. Die Maschinenversicherung des Elektrizitätswerkes mit einer Versicherung in Höhe von Mk. 213000 und einer jährlichen Versicherungsprämie inkl. Zuschlag für Brandrisiko usw. mit 2226 Mk. wurde genehmigt. - Die Feuerversicherung des Gaswerks betrug nach Friedenswert 150000 Mark. Nach einer Erhöhung im Jahre 1924 wird jetzt eine erneute Erhöhung auf 350000 Mark von Seiten der Stadtsteppe vorge schlagen. Auch dieser Antrag wird genehmigt. - Der Pachtvertrag des Lindenhof ist abgelaufen. Kaiser ist von Fabrikant Böhringer beauftragt, den Lindenhof zu übernehmen und sucht um Konzeßion für seine Person nach. Gegen das Gesuch erhebt sich kein Widerspruch, es wird genehmigt.

Aus aller Welt

Jagdunfall des Prinzen von Wales. Bei einer Treibjagd in Leicestershire, an der der Prinz von Wales teilnahm, brach dessen Pferd tot zusammen. Der Prinz erlitt beim Fall leichte Hautabstürzungen und konnte die Jagd fortsetzen.

Ein Bößwinger fliegt in Staaten verunglückt. Bei einem Veruchsflyg mit einem Segelflugzeug mit Hilfsmotor stürzte der 28 Jahre alte Flugzeugführer Rudolf Kühn aus Böhlingen infolge eines Bruchs in den Tragfläch der Maschine auf dem Flugplatz Berlin-Staaken aus 200 Meter Höhe ab und war sofort tot. Kühn war als tüchtiger, besonnener Führer bekannt.

Die abgestürzte Glocke. In der Reformierten Kirche in Barmen brach während des Lütens eine der 3 Glocken aus ihrer Achse und stürzte ab. Glücklicherweise befand sich die 70 Zentner schwere Glocke nur etwa 70 Zentimeter über dem Boden des Stufenstuhls und der Boden hielt stand. Doch hat die Glocke mehrere Sprünge erlitten, so daß sie umgegossen werden muß.

Bekämpfung der Krähensplage. Die Jagdvereinigungen des Rheinlands werden für die Bekämpfung der Krähen Preise aussetzen. Durch die Krähen werde nicht nur den Saaten großen Schaden zugefügt, sondern die Jagd gefährdet, indem durch sie die Gelege der Fasanen und Rebhühner vernichtet und viele Junghähen getötet werden.

Amundsen's Luftschiff, mit dem er die Nordpolfahrt unternommen will, soll nach neuer Vereinbarung in Ostchina bei Petersburg eine Landung vornehmen.

Rettung Schiffbrüchiger. Der amerikanische Dampfer „Roosevelt“ hat von dem in Seenot geratenen englischen Frachtdampfer „Antinon“ 12 Mann retten können, verlor aber selbst dabei 2 Mann und 5 Boote. Als der Sturm sich legte, gelang es, noch den Kapitän und die übrigen 12 Mann zu retten.

Sturmwecker in Australien. In Westaustralien hat ein Sturmwecker verheerend gehaust. Häuser wurden förmlich zusammengedrückt. Etwa 200 Pflanzgerbete sollen zerstört sein. In Neuwidales wurde das Dach eines Hotels abgedeckt und 100 Meter weit fortgetragen.

Letzte Nachrichten

Die Berliner Presse zum gestrigen Abstimmungs-ergebnis.

Berlin, 29. Jan. Die Berliner Blätter nehmen zu dem gestrigen Abstimmungsresultat im Reichstag, das eine ganz geringe Mehrheit für das Kabinett Luther brachte, ausföhrlich Stellung.

Die „Tägliche Rundschau“ sagt, nun sei die Bahn frei für sachliche Arbeit.

Der „Lokalanzeiger“ meint, das Boot des Kabinetts Luther werde zwar nicht vom Reichstag getragen, doch gerade eben gebildet und dadurch werde es auf dieser Basis schwerlich fruchtbringende Arbeit leisten können.

Die „Kreuzzeitung“ sagt, die Staatskrise sei verlagert, doch nicht überhanden. Diese Regierung sei nicht einmal auf Sand, sondern in die Luft gebaut.

Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, die neue Regierung habe nun die Möglichkeit, zu beweisen, ob sie etwas könne, auf was es bei der Lebensdauer allein ankomme.

Die „Börsezeitung“ begrüßt den Erfolg der politischen Führer, obwohl sie nicht mit der Locarnopolitik einverstanden gewesen sei. Sie glaubt aber nicht an eine lange Dauer des Kabinetts.

Das „Berliner Tagblatt“ vertritt die Auffassung, die Koalition der Mitte werde sich in der ganzen Außenpolitik, und wenn nicht bei allen, so doch bei der überwiegenden Mehrheit aller innenpolitischen Entscheidungen automatisch zur großen Koalition erweitern. So werde das Kabinett in seiner praktischen Arbeit viel feiter dastehen, als es bei der Abstimmung den Anschein gehabt habe.

Die „Vossische Zeitung“ meint: Aus dem neuen Kabinett der Mitte sei ein Kabinett der verschleierten großen Koalition geworden.

Der „Tag“ schreibt: Statt eines lebensfähigen, kräftigen Regierungsgebildes gebärt der Reichstag dem deutschen Volke, medizinisch ausgedrückt, einen Bluter, der bei der geringsten zufälligen Verletzung schon dem Tode ausgefetzt ist.

Amtsantritt des neuen Danziger Oberkommissars Genf, 29. Jan. Wie das Völkerverbandssekretariat mitteilt, tritt Direktor Van Hameln, der neue Danziger Oberkommissar, am 31. Februar sein Amt an.

Handel und Volkswirtschaft

Eine Wirkung des englischen Schutzolls. In einer Rede in Sunderland teilte Erstmünister Baldwin mit, seit Einführung der Seidenzölle seien nicht weniger als 50 neue Kunstseidenfabriken in Großbritannien gegründet worden, darunter viele, die vom europäischen Festland nach England übertragen wurden. Nichts Amerika stelle jetzt England die meiste Kunstseide her. Die Aussichten für den Handel seien jetzt günstiger als je seit dem Krieg.

Diskontherabsetzung in Oesterreich. Die österreichische Nationalbank hat den Diskontsatz von 9 auf 8 v. H. herabgesetzt.

Die luxemburgischen Bahnen sollen unter belgische und französische Aufsicht gestellt werden.

Das Dumping des englischen Kohlenhandels. In einer Rede erklärte der englische Erstmünister Baldwin, er billige die Ansicht des Lord Londonderry vollkommen, daß die Kohlenförderung in England auch ohne Herabsetzung der Löhne und ohne Verlängerung der Arbeitszeit erhöht werden könne, wenn die Bergwerksbesitzer und Arbeiter sich verständigen. Es liege kein Grund vor, daß ein Streit ausbreche, wenn Ende April die Staatsbeiträge für die Kohlenindustrie eingestellt würden.

Reichsaufträge für die Industrie. Zwischen den Reichsministern finden Besprechungen über die Erteilung von Lieferungs-aufträgen an die Industrie statt. Vor allem sollen gewisse Teile der Baupläne der Reichsbahn für 1926 (Ergänzung des Fahrmaterials, Brückenbau usw.) baldmöglichst in Angriff genommen werden. Anfang Februar soll auch die Frage der Kreditversicherung mit den beteiligten Verbänden besprochen werden.

Der deutsch-französische Handelsvertrag. Das französische Fachblatt der Großindustrie, die „Journé Industrielle“ schreibt, es sei wohl eine übertriebene Hoffnung, zu erwarten, daß ein deutsch-französisches Handelsabkommen schon im Juli 1927 zustande komme. Die gegenwärtigen technischen Verhandlungen von beiden Seiten lassen noch kein Ende erkennen, und auch die Arbeiten an dem neuen französischen Zollgesetz, das maßgebend sein werden nur langsam vorwärts.

Die Gütertarife im Saargebiet, die am 1. Dezember v. J. um 5 v. H. erhöht wurden, werden am 1. Februar abermals eine Erhöhung um 10 v. H. erfahren. Trotzdem werden sie noch niedriger sein, als die Tarife in Deutschland und Frankreich. Demnach sollen auch die Personentarife erhöht werden.

Märkte

Stuttgarter Schlachtwiechmarkt. Dem heutigen Markt waren zugewandert: 21 Ochsen, 10 Bullen, 70 Jungbullen, 85 Jungriinder, 30 Röhre, 289 Kälber, 564 Schweine, 7 Schafe. Davon blieben unverkauft: 11 Ochsen, 10 Jungbullen, 10 Jungriinder, 30 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam, Ueberstand. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig:

Ochsen: ausgemästete Tiere	42-44	Kälber: feinste Maß- u. beste	68-71		
nichtfleischige Tiere	30-40	Saughälber	mittlere Maß- und gute	60-66	
fleischige Tiere	30-40	Saughälber	geringe Röhler	50-58	
gering angedröhte Tiere	30-40	Schafe: Mastkämmer u. fäng.	Sammel		
Bullen: ausgemästete Tiere	42-44	Widmollschafe geschlachtet mit Kopf	65-70		
nichtfleischige Tiere	37-41	nichtfleischige Schafschaf ge-	schlachtet mit Kopf	32-58	
fleischige Tiere	37-41	fleischige Rinder	38-42	Schweine: über 240 Pfund: 76-78	
gering angedröhte Tiere	32-36	fleischige Rinder	30-31	von 200-240 Pf. 73-75	
Jungriinder: ausgem. Rinder	44-48	gering angedröhte Rinder	30-31	dtw. von 160-200 Pf. 73-75	
nichtfleischige Rinder	38-42	Röhre: ausgemästete Röhre	28-38	dtw. fleisch. u. 120-160 Pf. 70-72	
fleischige Rinder	38-42	nichtfleischige Röhre	16-28	dtw. unter 120 Pf. 54-68	
gering angedröhte Rinder	30-31	fleischige Röhre	12-16	Sauen	54-68

Am, 27. Jan. Pferdemarkt. Auf dem letzten Pferdemarkt kosteten jüngere schwere Pferde 1200-1500, mittelschwere 500-1200, 1 1/2-jährige Fohlen 600-800, Schlachtpferde 50-100 Mark. Der Handel war ziemlich lebhaft.

Biehseuchen in Württemberg. Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in Mettingen, M. Ehlingen; Schützlingen, M. Maulbronn; Nabern, M. Kirchheim. Der Oberamtsbezirk Ehlingen ist wieder seuchenfrei.

Ronkurse. Friedrich Dengler, Schreinermeister in Sulz. - Karl Cipriani in Böblingen.

Ronkurs-Einstellung. Gebhard Widmann in Weissenstein.

Gestorbene: Calw: Friedr. Lorch, Gärtner, 45 J.

Wetter für Samstag und Sonntag. Der Hochdruck im Süden übt den Haupteindruck auf die Wetterlage aus. Die Depression im Norden kommt nur wenig zur Geltung. Für Samstag und Sonntag ist zeitweilig bedecktes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Keiner versäume den Saison-Ausverkauf von M. Schloss in Nagold zu besuchen!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen nach Württemberg.

Wegen drohender Seuchengefahr werden die bezügl. der Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen nach Württemberg bestehenden seuchenpolizeilichen Vorschriften erneut bekannt gemacht.

1) Sämtliche von außerhalb Württembergs eingeführte Wiederkäufer und Schweine, gleichgültig, ob die Tiere einem Viehhändler oder einer andern Person gehören, sind einer fünfzähligen (Wiederkäufer), bzw. einer zehntägigen (Schweine) Beobachtung zu unterstellen.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die polizeiliche Beobachtung durch das Oberamt des Entladeorts oder Grenzorts für Vieh nachgelassen werden kann, das nachweislich (z. B. Urprüfungszeugnis und Frachtbrief) aus seuchenfreien Bezirken stammt, d. h. seinen letzten dauernden Standort in solchen hatte und unmittelbar, also nicht über Märkte und sonstige ähnliche Viehhandlungsstellen eingeführt wird.

2) Die im Eisenbahnverkehr eingeführten Wiederkäufer und Schweine sind bei dem Entladen amtstierärztlich zu untersuchen. Von dem Zeitpunkt des Entlades solcher Tiere hat der Besitzer dem Oberamtstierarzt rechtzeitig Anzeige zu erstatten. Bei Einfuhr auf dem Landweg ist die Ankunft der Tiere von deren Begleiter der Ortspolizeibehörde des Grenzorts zur Einleitung der polizeilichen Beobachtung anzuzeigen.

3) Ebenso wie für die Schweine im Besitze von Händlern sind auf weiteres auch für die im Besitze von Viehhändlern befindlichen Wiederkäufer, gleichviel, ob die Tiere von außerhalb Landes eingeführt oder in Württemberg erworben sind, tierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen, wenn die Tiere zum Verkauf angesetzt oder außerhalb abgegrenzter Räumlichkeiten (auf der Rampe im Umherziehen usw.) feilgeboten oder auf Märkte aufgetrieben werden. Die Zeugnisse für Wiederkäufer dürfen im Gegensatz zu denen für Schweine auch von nichtbeamteten approbierten Tierärzten ausgestellt sein. Dem Gesundheitszeugniszwang nicht unterworfen sind Tiere, die in öffentlichen Schlachthäusern zum Verkauf aufgestellt sind oder auf Schlachtviehmarkte aufgetrieben werden.

4) Die zum Transport eingeführten Wiederkäufer und Schweine benutzten Fahrzeuge, Behältnisse und Gerätschaften sind nach dem Gebrauch nicht bloß zu reinigen, sondern außerdem zu desinfizieren. Zur wirksamen Durchführung der zehntägigen polizeilichen Beobachtung wird die Kennzeichnung derjenigen Schweine, die sich bei der Einfuhr im Besitze von Händlern befinden, angeordnet. Diese Kennzeichnung ist bei Einfuhr der Schweine im Eisenbahnverkehr durch den beamteten Tierarzt, bei Einfuhr auf dem Landweg durch die Ortspolizeibehörde des württembergischen Grenzorts unverzüglich auf Kosten des Einführenden zu veranlassen.

Nagold, den 27. Januar 1926.

Oberamt:
Dr. Merkt, Amtmann.

An die Halter und Führer von Kraftfahrzeugen.

Die bisherigen Vorschriften über den Verkehr mit Kraftwagen, Krafttrabern und Kleinkrafttrabern sind durch die neue Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 5. 12. 1925 (R.G.B. I S. 439) teilweise abgeändert worden. Die wesentlichsten Änderungen sind folgende:

1. Die Abführung der Verbrennungsgase muß unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel geschehen, das Ende des Auspuffrohrs darf nicht nach abwärts gerichtet sein.
2. Auspuffklappen und andere Maßnahmen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen oder auszuschalten, sind verboten.
3. Jedes Fahrzeug muß mit 2 in ihrer Wirkung von einander unabhängigen schalldämpfenden Mitteln versehen sein, von denen jede auf die Räder einer Achse oder kreuzweise auf die Räder verschiedener Achsen gleichzeitig einwirkt. Eine der beiden Bremsrichtungen muß feststellbar sein. Bei Kraftfahrzeugen mit Kettenantrieb muß eine Bremsrichtung unmittelbar auf die Räder oder auf Bestandteile, die mit den Rädern fest verbunden sind, einwirken. Jede Bremsrichtung muß für sich geeignet sein, das Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Stehen zu bringen. Bei Krafttrabern gilt die Vorschrift über die Feststellbarkeit der Bremsen nicht.
4. Bei Verwendung eines Schlußlichtes oder einer Einrichtung zur Anzeige der Abicht des Anhaltens oder der beabsichtigten Aenderung der Fahrtrichtung darf nur gelbrotes Licht benutzt werden.
5. Der Führer ist insbesondere dafür verantwortlich, daß eine Verletzung von Personen oder Gefährdung von Fahrzeugen durch Geräusch, Rauch, Dampf oder üblischen Geruch in keinem Falle eintritt.
6. Bei Kraftfahrzeugen von mehr als 5,5 Tonnen Gesamtgewicht beträgt die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit bei Luft- oder hochelastischer Vollgummibereifung 80 Kilometer, bei anderer Vollgummibereifung 25 Kilometer in der Stunde. Bei Mitführen von Anhängern beträgt die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit bei allen Kraftfahrzeugen innerhalb geschlossener Ortsteile 16 Kilometer in der Stunde.
7. Innerhalb geschlossener Ortsteile dürfen Warnungssignale nur mit der vorschriftsmäßigen

Suppe abgegeben werden; die Warnungszeichen müssen kurz, ihre Klangfarbe und Klangstärke so beschaffen sein, daß im Gefahrenbereich befindliche Personen gewarnt, im weiteren Umkreis befindliche Personen aber nicht belästigt werden. Außerhalb geschlossener Ortsteile darf auch eine Pfeife benutzt werden. Die Benutzung von Signalinstrumenten zur Abgabe von anderen als Warnungszeichen, insbesondere von Aufzeichen, ist innerhalb geschlossener Ortsteile verboten.

8. **Vollgummireifen** müssen bei Kraftfahrzeugen, deren Gewicht im beladenen oder unbeladenen Zustand 2,5 Tonnen oder deren Höchstgeschwindigkeit auf ebener Bahn 15 Kilometer in der Stunde übersteigt, einschließlich Stahlband, auch im abgenutzten Zustand, mindestens 50 Millimeter stark sein. Dreirädrige Kraftfahrzeuge, deren betriebsfertiges Gewicht im beladenen oder unbeladenen Zustand 9 Tonnen übersteigt, müssen mit Luftreifen versehen sein.

9. Bei Anhängern müssen die Vollgummireifen einschließlich Stahlband auch im abgenutzten Zustand mindestens 50 Millimeter stark sein, wenn das Gewicht des Anhängergewagens im beladenen oder unbeladenen Zustand 2,5 Tonnen übersteigt.

10. Auch soweit eisenbereifte Anhänger ausnahmsweise gestattet sind, darf ein Lastkraftfahrzeug nie mehr als einen eisenbereiften Anhänger mit sich führen und dabei innerhalb Eitters eine Geschwindigkeit von 8 Kilometer, außerhalb Eitters von 12 Kilometer nicht überschreiten.

11. **Lastwagen** müssen an der linken Seite mit einem Spiegel versehen sein, der dem Führer die Beobachtung der Fahrbahn nach rückwärts ermöglicht.

12. **Zugmaschinen** ohne Güterabraum (z. B. die sog. Bulldoggs, Radschlepper und dergl.) sind zulassungspflichtig. Sofern das Eigengewicht 3,5 Tonnen = 70 Htr. und die Höchstgeschwindigkeit auf ebener Bahn 15 Kilometer-Stunde nicht übersteigen, sind Führerscheine und Kennzeichnung nicht erforderlich. Dagegen müssen die Zugmaschinen bei Dunkelheit oder starkem Nebel außer den zwei vorderen Laternen eine weitere Laterne führen, die weißes oder gelbrotes Licht nach hinten wirft. Bei Mitführen von Anhängern muß die Laterne am Schluß des Zuges angebracht sein.

13. **Kleinkrafttrabern** sind nur solche Krafttrabern, deren Steuerungsleistung bei einem Außen Durchmesser der Nadelreifen von mehr als 40 cm = 0,7 PS, bei kleinerem Durchmesser 0,9 PS nicht übersteigt.

14. **Auch Kleinkrafttrabern** brauchen von jetzt an eine polizeiliche Erkennungsnummer, die vom Oberamt auf Antrag auszugeben wird, abgestempelt werden muß und bei der Dunkelheit zu beleuchten ist.

15. Die Vorschriften Ziffer 2-12 sind bereits in Kraft getreten, Ziffer 1, 13 und 14 treten am 1. März 1926 in Kraft.

16. Die Halter von Kleinkrafttrabern werden ersucht, sich binnen vier Wochen mit ihren Papieren an das Oberamt zu wenden, damit geprüft werden kann, ob ihre Fahrzeuge noch als Kleinkrafttrabern anzusehen sind.

17. **Bis zum 1. März 1926** sind die Auspuffklappen von allen bereits zugelassenen Kraftfahrzeugen zu entfernen und andere Maßnahmen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen oder auszuschalten, zu beseitigen; bis zum gleichen Tage sind Auspuffrohre, die abwärts gerichtet sind, abzuändern. In der Uebergangszeit ist das Definieren noch vorhandener Auspuffklappen innerhalb geschlossener Ortsteile verboten. Ebenso sind die Fahrzeuge mit den vorgeschriebenen Bremsrichtungen zu versehen.

Im übrigen wird empfohlen, die notwendigen Änderungen so rechtzeitig zu bewerkstelligen, daß im Laufe des Monats März die Fahrzeuge dem Oberamt zur Nachprüfung vorgeführt werden können. Das Oberamt wird die Nachprüfung durch einen Vermert in die Zulassungsbescheinigung eintragen.

Nagold, den 27. Januar 1926.

Oberamt:
Dr. Merkt, Amtmann.

Maul- und Klauenseuche.

In Bavelstein O. Calw ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. In den 15 km-Umkreis fallen vom Oberamtsbezirk Nagold die Gemeinden: Schönbrunn, Effringen, Wenden, Hoffelden, Wildberg, Emmingen, Pfondorf, Ebhausen, Winderbach, Altensteig, Walddorf, Bernsdorf, Bart, Ebershardt, Sulz, Wiltlingen, Ueberberg und Ettmannsweiler. Für den 15 km-Umkreis gelten die im Gesellschafts- und Tannenblatt vom 11. Mai 1925 veröffentlichten Bestimmungen.

Nagold, den 28. Januar 1926.

Oberamt:
Dr. Merkt, Amtmann.

Säger gesucht

Tüchtiger Säger auf Vollgatter bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.

Sägewerk Emil Schwarz, Nagold (früher Hausmann).

Reichsbund

der Kriegsbeschäd. etc.
Ortsgruppe Nagold.

Zu unserem Ausflug nach Bierlingen - Abfahrt Sonntag früh 7.23 - wird nochmals höflich eingeladen. Weitere Anmeldungen nimmt Kamerad Fritz Haag entgegen.
335 Der Ausschuß.

Alles Wissenswerte über die Aufwertung

ist in überaus leichtverständlicher und bei aller Wissenschaftlichkeit vollstündlichen Darstellungsweise erschienen und zu 50 Pfennig vorrätig bei

Buchhdlg. Zaiser
Nagold

Gesang-Bücher

für Konfirmanden in schöner Auswahl 210 empfiehlt
Fr. Lauk'sche
Buchhdlg., Nagold.

? Wer ?

kennt nicht die

G.-W.

Gögen-Witze, Kraftausdrücke u. Redensarten der Tübinger Weingärtner (Gögen)?

Allen Freunden eines gesunden, effektiven Humors werden sie willkommen sein.

Vorrätig bei

Buchhandlung ZAISER

Etwas Gutes

für Haare u. Haarboden ist echtes Brennessel-Haarwasser mit den 3 Brennesseln Böke Wwe., Frisourgeschönl. Apotheke Wildberg.

Soll und Haben

dieser berühmteste Kaufmannsroman der deutschen Literatur von Gustav Freytag ist soeben in unverkürzter billiger Taschenausgabe erschienen u. vorrätig bei

Buchhdlg. Zaiser
Nagold.

Militär- u. Vet.-Verein Nagold.

Unsere 256

Generalversammlung

findet am Sonntag, den 31. d. Mts., nachm. 4 Uhr im Lokal „Traube“ statt.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht
2. Kassenbericht
3. Wahlen
4. Sonstiges.

Die Mitglieder werden zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.

Neuintretende sind willkommen!

Der Ausschuß.

Sport-Verein von 1911 e. V.

Samstag, 30. Januar 1926, pünktlich 7 Uhr abends, im „Traubensaal“

Kappen-Abend

Wir laden hiezu unsere Mitglieder und Freunde des Vereins ein.

431 Der Vorstand.

Morgen Samstag

Metzel-Suppe in der „Linde“.

332

Neu-Ausgabe Sonntag große Hundebörse im „Adler“.

339



Wollene Strickgarne

in grösster Auswahl und Ia Qualitäten das Pfund von 4.50 Mk. an.

Für Wiederverkäufer Fabrikpreise.

Christian Schwarz, Nagold

333 Manufakturwaren.

Tüchtiges Mädchen

für Küche und Haus zum 1. März gesucht.

Frau Willy Böhringer

324 Lindenfels i. D., Hessen.

Woll- u. Strickwarenhaus

(besond. Spezialitäten in Strumpfwaren)

sucht gutberufene, zahlungsfähige

Hausierer(innen).

Anfragen unter „Wollhaus“ Nr. 327 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Durch Erbschaft kam ich in den Besitz wertvoller, leicht auszubarender Erfindungen. Selbst ohne Barvermögen suche ich zur Ausnützung

500 Mark

auf 3 Monate und zahle 750 zurück, bei vielfacher Sicherheit.

Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zusammenlegb. Notenständer

bei G. W. Zaiser, Buchhandlg., Nagold.

Mit dem „Feier...
Erst...
Schiff...
Telegramm-...
Nr. 24
Der früh...
wird zu einer...
den amtlichen...
Frankreich...
konferenz bis...
Die Austr...
ein Ausnahm...
vorzulegen.
Politik
Das neu...
das dreizehnt...
dem Reich...
neue Reichs...
Richtlinien da...
nett seine Inn...
zeitig verpfl...
Richtlinien ein...
nett der Mitt...
scheiden der D...
Koalition im...
Lösung der ve...
ward, ist auf...
gewiesen, wa...
gibt. Und die...
Regierungs...
An dem J...
mitgewirkt h...
Es ist nicht...
etwas bringt...
hält eine Fül...
zeln auf ein...
ganzer bechr...
und Erwart...
hegt, und im...
1925 im Reic...
zu verweisen...
der Rechten...
sozialdemokr...
um die Rechte...
am die Sozial...
Der größte...
schastliche...
grund der Zuk...
Mit dem Hin...
öffentlichen G...
werslofer...
seiner Darleg...
produktiven...
Sparamkeit...
für die W...
wurde verpro...
vertueverden...
Unternehmen...
forigeseht wer...
weiterinnunge...
Kabinett der...
Maßnahmen...
a. a. sind in...
zeugungsfähig...
sondere Aufm...
Ausfuhr d...
Kanzler gehen...
anteil werden...
nicht gestellt...
ebenfalls wird...
handelt werden...
entscheid in d...
er neue Unru...
Auf dem G...
Reichstanzler...
eine gewisse...
trags von Loc...
man es von...
hatte, daß in...
färkte und d...
handlungen er...
der Gegenseite...
lands zum W...
Luther sehr...
daß er diese...
stellten Anfrag...
erklärung aus...
Reichstanzler...
Haushalt des...
ist vermurde...
Luther dieser...
Berschiebung...
der Reichstanz...
zum Wölkertum...
halt des Ausw...
diese Erklärung...
gewesen, daß...
sprache gestellt...
Kabinett abge...
sprache verlore...
tarischen Febl...